

Entscheidung der Kommission
vom 18-7-1994
zur Feststellung, daß die Erstattung von Einfuhrabgaben
in einem bestimmten Fall nicht gerechtfertigt ist

(von den Niederlanden vorgelegter Antrag)

Bezug: REM 7/94

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992⁽¹⁾ zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993⁽²⁾ mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates, insbesondere auf Artikel 907,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit dem bei der Kommission am 22. Februar 1994 eingegangenen Schreiben vom 17. Februar 1994 beantragten die Niederlande, die Kommission möge nach Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1430/79 des Rates vom 2. Juli 1979⁽³⁾ über die Erstattung oder den Erlaß von Eingangs- oder Ausfuhrabgaben, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3069/86⁽⁴⁾, entscheiden, ob die Erstattung von Einfuhrabgaben unter folgenden Umständen gerechtfertigt ist:

⁽¹⁾ABl. Nr. L 302 vom 19.10.1992, S. 1.

⁽²⁾ABl. Nr. L 253 vom 11.10.1993, S. 1.

⁽³⁾ABl. Nr. L 175 vom 12.7.1979, S. 1.

⁽⁴⁾ABl. Nr. L 286 vom 9.10.1986, S. 1.

Ein Zollspediteur hat für die Beförderung von Textilwaren mit Ursprung in Drittländern, die für einen Kunden in Skopje in Jugoslawien bestimmt waren, ein Versandpapier T1 ausgefertigt. Der auf den Papieren angegebene Bestimmungsort war Freilassing in Deutschland. Die Waren wurden unter Verwendung dieser Papiere von einem jugoslawischen Transportunternehmer in Richtung Jugoslawien befördert.

Die Versandpapiere T1 sind nicht erledigt worden. Nachdem sie von der Nichterledigung der Papiere unterrichtet wurden, versuchten der Spediteur und sein Bevollmächtigter, den Transportunternehmer wiederzufinden, damit er ihnen über diese nichterledigten Papiere Auskunft erteilt. Dies ist ihnen nicht gelungen. Sie haben mit dem Kunden in Skopje Kontakt aufgenommen. Er hat bestätigt, daß er die Waren sehr wohl erhalten hat und versprach, den Nachweis zu liefern und zu versuchen, den Transportunternehmer wieder ausfindig zu machen, was jedoch nie geschah. Der Spediteur und sein Bevollmächtigter haben durch andere Quellen erfahren, daß das Unternehmen des Kunden in Skopje durch den Krieg zerstört worden war. Folglich war es nicht möglich zu erfahren, ob die Waren, für welche die Papiere nicht erledigt wurden, tatsächlich in Jugoslawien ankamen. Der Beteiligte hat die Erstattung der Zölle gemäß Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1430/79 mit der Begründung beantragt, daß es sich wegen des Krieges als unmöglich erwies, festzustellen, was aus den Waren geworden ist.

Nach Artikel 907 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 ist am 19. Mai 1994 eine Gruppe von Sachverständigen aller Mitgliedstaaten im Rahmen des Ausschusses für den Zollkodex - Bereich "Allgemeines Zollrecht/Erstattung" zusammengetreten, um den vorliegenden Fall zu prüfen.

Nach Artikel 13 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1430/79 können Eingangsabgaben bei Vorliegen besonderer Umstände auch in anderen als den in den Abschnitten A bis D der genannten Verordnung bezeichneten Fällen erstattet oder erlassen werden, sofern der Beteiligte nicht fahrlässig oder in betrügerischer Absicht gehandelt hat.

In Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 222/77 des Rates vom 13. Dezember 1976 über das gemeinschaftliche Versandverfahren⁽⁵⁾ ist vorgesehen, daß der Hauptverpflichtete die Waren innerhalb der vorgeschriebenen Frist unverändert der Bestimmungszollstelle zu stellen und das Versandpapier T1 zur Erledigung vorzulegen hat.

⁽⁵⁾ABl. Nr. L 38 vom 9.2.1977, S. 1.

Die von den Zollstellen angestellte Ermittlung ergab, daß weder die Waren noch die Versandpapiere der deutschen Bestimmungszollstelle gestellt wurden.

Da diese Papiere fehlen, kann der Beteiligte die Ordnungsmäßigkeit des gemeinschaftlichen Versandverfahrens mit den in Artikel 11 c) der Verordnung (EWG) Nr. 1062/87 der Kommission vom 27. März 1987 zur Durchführung und Vereinfachung des gemeinschaftlichen Versandverfahrens⁽⁶⁾ genannten Beweismitteln nicht nachweisen.

Beim Ausgang aus der Gemeinschaft wurde weder die Ausfuhranmeldung der Waren vorgelegt noch wurden die Waren gestellt. Daher liegt für den Ausgang der Waren aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft kein Beweis vor.

Die Lage in Jugoslawien, wegen der nicht ermittelt werden konnte, was aus den Waren geworden ist, ist nicht entscheidend und kann auch nicht als ein besonderer Umstand angesehen werden, der den Mangel an Beweis für den Ausgang aus dem Zollgebiet der Gemeinschaft rechtfertigen kann.

Unter diesen Umständen hat der Beteiligte offensichtlich fahrlässig gehandelt.

Es ist somit im vorliegenden Fall nicht gerechtfertigt, die beantragte Erstattung der Einfuhrabgaben zu gewähren -

⁽⁶⁾ABl. Nr. L 107 vom 22.4.1987, S. 1.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattung der Einfuhrabgaben in Höhe von XXXX, die von den Niederlanden am 17. Februar 1994 beantragt wurde, ist nicht gerechtfertigt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Niederlande gerichtet.

Brüssel, den 18-7-1994

Für die Kommission